Pressefreiheit eigener Art

In der Türkei sitzen zahlreiche Medienvertreter in Haft – Wachsender Druck auf Regierung

VON THOMAS SEIBERT, ISTANBUL

Selbst aus der Gefängniszelle heraus kann Can Dündar die türkische Regierung in Bedrängnis bringen. Der Chefredakteur der angesehenen Oppositionszeitung „Cumhuriyet" sitzt zusammen mit dem Ankaraner Büroleiter seiner Zeitung, Erdem Gül, seit dem 26. November wegen des Verdachts des Geheimdienstverrats in Untersuchungshaft. Doch auch hinter Schloss und Riegel wirft Dündar unangenehme Fragen für die Regierung auf.

Journalistenverbände im In- und Ausland setzen sich für Dündar und Gül ein und verlangen deren Freilassung. Spitzenpolitiker wie Ministerpräsident Ahmet Davutoglu werden ständig auf inhaftierte Medienvertreter angesprochen. Der Druck wächst.

Die heftige Kritik an den Zuständen in der Türkei steht in einem schroffen Gegensatz zur Sicht der türkischen Führung. Präsident Recep Tayyip Erdogan bezeichnet die türkischen Medien als die freiesten der Welt. Davutoglu sagte bei einer Begegnung mit westlichen Journalisten in Istanbul, seine Regierung habe vier der fünf größten Zeitungen des Landes gegen sich und gewinne trotzdem die Wahlen.

Beide betonen auch, in der Türkei könne jeder Journalist schreiben, was er wolle – solange er die Gesetze achtet. Doch genau darin liegt aus Sicht des Europarats, der EU und anderer Kritiker das Problem. Während in der EU die Pressefreiheit als beinahe unantastbar gilt, zieht Erdogan persönlich mit Hilfe seiner Anwälte gegen Journalisten vor Gericht, von denen er sich beleidigt fühlt. Regierungsgegner betrachten das als Einschränkung der Meinungsfreiheit – der Präsident und regierungstreue Richter und Staatsanwälte sehen dagegen eine Verletzung der Rechte des Präsidenten.

Sitzt seit Ende November in U-Haft: „Cumhuriyet"-Chefredakteur Can Dündar. FOTO: DPA

Die merkwürdigen Maßstäbe türkischer Politiker, Richter und Staatsanwälte bei der Bewertung von Aussagen der Presse hatten zuletzt die EU in ihrem Fortschrittsbericht zur Türkei zu scharfer Kritik veranlasst. Doch Ankara zeigt keine Anzeichen für eine Kursänderung. Die Vorwürfe gegen Dündar und Gül hätten nichts mit deren journalistischer Arbeit zu tun, erklärte das Justizministerium. Vielmehr gehe es um Geheimnisverrat und um die Unterstützung einer Terrororganisation – die Gülen-Bewegung. Davutoglu erklärte zwar, auch er lehne Untersuchungshaft für Fälle wie den Dündars ab. Doch etwas unternehmen will der Premier nicht: Er wolle nicht den Eindruck erwecken, als mische er sich in die Arbeit der unabhängigen Justiz ein.

Politik

Pressefreiheit eigener Art

In der Türkei sitzen zahlreiche Medienvertreter in Haft – Wachsender Druck auf Regierung

Von Thomas Seibert, Istanbul

Selbst aus der Gefängniszelle heraus kann Can Dündar die türkische Regierung in Bedrängnis bringen. Der Chefredakteur der angesehenen Oppositionszeitung „Cumhuriyet" sitzt zusammen mit dem Ankaraner Büroleiter seiner Zeitung, Erdem Gül, seit dem 26. November wegen des Verdachts des Geheimdienstverrats in Untersuchungshaft. Doch auch hinter Schloss und Riegel wirft Dündar unangenehme Fragen für die Regierung auf.Journalistenverbände im In- und Ausland setzen sich für Dündar und Gül ein und verlangen deren Freilassung. Spitzenpolitiker wie Ministerpräsident Ahmet Davutoglu werden ständig auf inhaftierte Medienvertreter angesprochen. Der Druck wächst.

Die heftige Kritik an den Zuständen in der Türkei steht in einem schroffen Gegensatz zur Sicht der türkischen Führung. Präsident Recep Tayyip Erdogan bezeichnet die türkischen Medien als die freiesten der Welt. Davutoglu sagte bei einer Begegnung mit westlichen Journalisten in Istanbul, seine Regierung habe vier der fünf größten Zeitungen des Landes gegen sich und gewinne trotzdem die Wahlen.

Beide betonen auch, in der Türkei könne jeder Journalist schreiben, was er wolle – solange er die Gesetze achtet. Doch genau darin liegt aus Sicht des Europarats, der EU und anderer Kritiker das Problem. Während in der EU die Pressefreiheit als beinahe unantastbar gilt, zieht Erdogan persönlich mit Hilfe seiner Anwälte gegen Journalisten vor Gericht, von denen er sich beleidigt fühlt. Regierungsgegner betrachten das als Einschränkung der Meinungsfreiheit – der Präsident und regierungstreue Richter und Staatsanwälte sehen dagegen eine Verletzung der Rechte des Präsidenten.

Die merkwürdigen Maßstäbe türkischer Politiker, Richter und Staatsanwälte bei der Bewertung von Aussagen der Presse hatten zuletzt die EU in ihrem Fortschrittsbericht zur Türkei zu scharfer Kritik veranlasst. Doch Ankara zeigt keine Anzeichen für eine Kursänderung. Die Vorwürfe gegen Dündar und Gül hätten nichts mit deren journalistischer Arbeit zu tun, erklärte das Justizministerium. Vielmehr gehe es um Geheimnisverrat und um die Unterstützung einer Terrororganisation – die Gülen-Bewegung. Davutoglu erklärte zwar, auch er lehne Untersuchungshaft für Fälle wie den Dündars ab. Doch etwas unternehmen will der Premier nicht: Er wolle nicht den Eindruck erwecken, als mische er sich in die Arbeit der unabhängigen Justiz ein.

Quelle

Ausgabe	Die Rheinpfalz - Mittelhaardter Rundschau - Nr. 290
Datum	Montag, den 14. Dezember 2015
Seite	1